



### Deutschland:

---

## Deutsche Bank kündigt Konten von Erdogan-Gegnern



Die Deutsche Bank kündigt drei Anhängern der Gülen-Bewegung in Deutschland das Konto. Die Betroffenen vermuten einen politischen Hintergrund, denn sie stehen auf einer „schwarzen Liste“

Ankaras. Recherchen belegen eine gezielte Denunziation.

Ein nüchternes Schreiben, zwölf Zeilen lang – und die Sache war besiegelt. Die Deutsche Bank kündigte die Konten mehrerer türkischer Oppositioneller in Deutschland.

In den Schreiben der Bank an die Kunden von Mitte März heißt es, man habe das Recht, die Geschäftsbeziehung jederzeit zu beenden. Davon mache man nun Gebrauch. Einen Grund für die Kündigung gab die Bank in dem Brief nicht an. Doch die Betroffenen hegen einen Verdacht. Denn sie alle eint, dass die türkische Regierung sie für Terroristen hält – und seit Dezember 2021 auf einer „schwarzen Liste“ führt.

Die drei Betroffenen stellten Nachforschungen an, nachdem sie die

Kündigung erhalten hatten. Und sie stellten fest: In der internationalen Finanzdatenbank World-Check ist seit Dezember 2021 eine Notiz über sie hinterlegt. World-Check ist ein privates Unternehmen, das laut eigenen Angaben Informationen über „politisch exponierte Personen“ bereitstellt. Zu den Kunden gehören laut World-Check einige der größten Banken der Welt. Sie nutzen den Dienst etwa, um zu überprüfen, ob gegen Kunden Sanktionen verhängt wurden oder Verbindungen zu Wirtschaftskriminalität, Geldwäsche, Terrorismus, Drogenhandel, Waffen und Menschenhandel bestehen. Ob man auf die Datenbank World-Check zurückgreife, will die Deutsche Bank auf Anfrage nicht kommentieren. Auch zu individuellen Kundenbeziehungen könne man sich nicht äußern, teilte ein Sprecher mit. Gegenüber einem der Betroffenen erklärte die Deutsche Bank, es gebe keine politischen Gründe für die Auflösung seines Kontos. Viel eher handele es sich um einen normalen „prozessualen“ Vorgang.

Es zeigt sich jedoch, dass es klare denunziatorische Hinweise über die Betroffenen gab – und einen Absender, der sie bewusst gestreut hat.

Die Gülen-Anhänger bezweifeln deshalb, dass die Deutsche Bank die ganze Wahrheit verrät. Zum einen geben die beiden anderen Betroffenen an, ihr Konto aktiv genutzt zu haben. Zum anderen wurden schon in anderen Ländern wie Großbritannien und Neuseeland Konten von Erdogan-Gegnern durch große Banken gekündigt – offenbar aufgrund von Druck aus Ankara.

---

## Distanzierung von Antisemitismus stürzt Islam-Verband in

### Turbulenzen

Die Äußerungen des Generalsekretärs der Milli Görüs-Bewegung (IGMG) während einer

Podiumsveranstaltung in Wien - wir berichteten bereits darüber in unserer letzten Podcast Episode - führten zu tiefgreifenden Diskussionen im Verband, so Insider.



„Der Unmut im Saal war mit Händen zu greifen“, so ein Beobachter von MENA Research Center, als der Generalsekretär der IGMG kritisch Stellung bezog zur Hamas sowie zu antisemitischen Statements des Milli Görüs Gründers Erbakan.

Nicht alle in der IGMG dürften mit der Positionierung ihres Generals einverstanden sein. Erstes Indiz dafür: Altas' Statements, die den oft beteuerten Wandel auch intern vorantreiben könnten, sind nicht auf den Social-Media-Kanälen der IGMG zu finden. Die Islamische Föderation in Österreich berichtete zwar auf Facebook über die Wiener Veranstaltung, allerdings ohne die Distanzierung von Hamas und Antisemitismus zu erwähnen.

Nun kursierende Gerüchte über eine Absetzung von Generalsekretär Altas. Insider berichten, er habe sich nach Protesten bei einer Versammlung der Regionalvorsitzenden für seine Äußerungen entschuldigen müssen. „Da tut einem der Bekir ja fast schon leid“, twittert etwa Rusen Timur Aksak, früherer Sprecher der Islamischen Glaubensgemeinschaft (IGGÖ), „er soll der IGMG ein modernes Gesicht verleihen, aber selbst beim zartesten Versuch wird er intern abgeschossen. So wird das nix, liebe Erbakancis...“, zitiert das „Volksblatt“.

## Türkei

### **Mittlemeerbuchten werden privatisiert**

Die Wirtschaft befindet sich im freien Fall, im März ist die Inflationsrate auf 61,14 Prozent geklettert. Im selben Monat begann Ankara, die beliebten Mittelmeerbuchten an der türkischen Riviera zu privatisieren. Den Zuschlag für die ersten vier Buchten im Golf von Fethiye gegenüber der griechischen Insel Rhodos bekam der Unternehmer Süleyman Bölünmez, dessen Tochter für die Regierungspartei AKP im Parlament sitzt.



Für den Spottpreis von 12,5 Millionen Lira, etwa 800 000 Euro, gehören ihm die Buchten für die nächsten zehn Jahre. Fast zwei Dutzend weitere Strandabschnitte sind zur Verpachtung ausgeschrieben. Künftig sollen Jachten dort nicht mehr ankern dürfen, sondern müssen kostenpflichtig an Bojen festmachen.

„Alles, was Geld einbringt, wird in diesem Land verkauft“, sagt die Kommunalpolitikerin Yeşim Mukan zu den Plänen Ankaras.